

Service & Heizung
Beste Heizungs- & Elektro-Technologie
BRENNER
Beste Heizungs- & Elektro-Technologie
Liebigstraße 4, 71229 Leonberg-Höfingen
Telefon 07152/9 39 70-01, Fax 07152/9 39 70-40
info@brenner-kaefer.de, www.brenner-kaefer.de

Leonberg & Umgebung

Service & Bad
Beste Sanitärtechnologie
Käfer
Beste Sanitärtechnologie
Liebigstraße 4, 71229 Leonberg-Höfingen
Telefon 071 52/9 39 71 - 02, Fax 9 39 71 - 40
info@brenner-kaefer.de www.brenner-kaefer.de

Freitag, 16. Oktober 2015

Zwei Wohnhäuser für Flüchtlinge kommen

Leonberg Am Ende wiegen die Bedenken wegen möglicher negativer Folgen schwerer als die finanziellen Aspekte: Nach einer intensiven Debatte ringt sich eine Mehrheit des Gemeinderats für das 2,2 Millionen-Euro-Projekt in der Riedstraße durch. *Von Thomas K. Slotwinski*

Mehr als eine Stunde hat der Gemeinderat noch einmal diskutiert. Dann ringt sich das höchste Leonberger Entscheidungsgremium mehrheitlich dazu durch, grünes Licht für den Neubau zweier Wohnhäuser für Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung für 2,2 Millionen Euro zu bauen. Bis zu 60 Menschen können hier dauerhaft wohnen. Das Protokoll einer bemerkenswerten Sitzung:

19.50 Uhr Der Finanzbürgermeister Ulrich Vonderheid (CDU) hat den Haushaltsentwurf 2016 vorgestellt. Die Stimmung unter den Stadträten ist mittelmäßig. Alle wissen, dass sich die fetten Jahre dem Ende entgegen neigen. Zumal die Flüchtlingsfrage auch in Leonberg eine riesige Unbekannte ist.

„Wenn wir nicht Gas geben, werden schwierigere Entscheidungen auf uns zukommen.“

OB Schuler

19.52 Uhr Genau um diese Unbekannte geht es, als der Oberbürgermeister den nächsten Tagesordnungspunkt aufruft: den Bau zweier Wohnhäuser im Gebiet Niederhofen. Das Thema war bereits im Finanzausschuss behandelt worden. Dort hatten sich die Kommunalpolitiker an der geplanten Ausstattung der Häuser gestört: Wohnungen mit zwei Toiletten und zwei Ausgängen, so ein wesentlicher Kritikpunkt, hätten noch nicht einmal die meisten Normalbürger.

19.53 Uhr Bernhard Schuler schwört die Stadträte auf Zustimmung ein. „Wenn wir nicht Gas geben, werden andere, schwierigere Entscheidungen auf uns zukommen“, prophezeit der OB. Auch für ihn haben die zwei Eingänge aus Brandschutzgründen

PARKPLÄTZE IN DER RIEDSTRASSE

Plus sechs Im Zuge des Baus der beiden Wohnhäuser für Flüchtlinge werden in der Riedstraße auch 16 Parkplätze angelegt. Der Gemeinderat hat den Kosten von 460 000 Euro zugestimmt. Mit dem Bau der neuen Häuser fallen zwar zehn Parkplätze weg, allerdings gibt es durch die neu angelegten Stellplätze sechs zusätzlich. An Werktagen gilt dort die sogenannte Parkscheiben-Regel: Autos dürfen dort maximal zwei Stunden abgestellt werden. Samstags und sonntags sind die Flächen frei.

Vermieten? Angesichts der hohen Kosten hatte Georg Pfeiffer (Freie Wähler) angeregt, die dortigen Plätze dauerhaft zu vermieten. Davon hielt Susanne Kogel überhaupt nichts. „Die Parksituation ist dort jetzt schon katastrophal. Die Anwohner sind sauer“, erklärte die Christdemokratin. „Und jetzt diskutieren wir wegen sechs lächerlicher Zusatzplätze, ob wir diese vermieten sollen? Das ist peinlich!“ slo



Eine Wiese, auf der im Sommer Pferde grasen, wird im kommenden Jahr mit zwei Wohnhäusern bebaut.

Foto: factum/Granville

einen „himmlischen“ Charakter. Aber die Standards zu reduzieren, sei kaum möglich.

20.01 Uhr „Grundsätzlich halten wir 2,2 Millionen Euro für die Unterbringung von 60 Leuten für zu teuer“, erklärt Oliver Zander (CDU). Er will wissen, ob der vom Land in Aussicht gestellte 560 000-Euro-Zuschuss auch wirklich fließt.

20.10 Uhr Der OB betont, dass die Mindestgröße von zehn Quadratmetern pro Person eingehalten werden müsse, da es sich um ein Wohnhaus und keine Notunterkunft handelt. Auch auf die Kritik an den zwei Toiletten pro Wohnung geht er ein: „In einer Wohnung werden zwei Familien leben. Das sind zwei mal acht Menschen unterschiedlicher Herkunft. Da können zwei Toiletten konfliktmindernd sein.“ Die Fördergelder seien schon beantragt.

20.25 Uhr Dieter Vestner kann das nicht beruhigen. Der Freie Wähler kündigt an, den Bau abzulehnen. Sein Fraktionskollege Jörg Langer schließt sich ihm an.

20.36 Uhr „Wir sollten nicht die Standards in den Mittelpunkt stellen. Das ist nicht zielführend“, kontert Klaus Wankmüller (Grüne). „Es ist an der Zeit, den Plan auf den Weg zu bringen. Die Preise sind gut.“

20.44 Uhr „Die Bedenken von Herrn Zander sind alle richtig“, erklärt Ottmar Pfitzenmaier (SPD). „Aber es ist eine besondere Situation. Wir halten es für unverantwortbar, das Thema zu verschieben. Das schürt Konflikte und macht es eher teuer.“

20.50 Uhr Wolfgang Schaal (Freie Wähler) berichtet von einem Vorhaben des Kreises, in dem 81 Menschen unterkommen, das maximal 1,5 Millionen Euro kostet. Schuler reagiert gereizt: „Das ist eine Notunterkunft. Wir bauen Wohnungen. Sie kennen den Unterschied genau, Herr Schaal!“

20.50 Uhr Wolfgang Schaal (Freie Wähler) berichtet von einem Vorhaben des Kreises, in dem 81 Menschen unterkommen, das

maximal 1,5 Millionen Euro kostet. Schuler reagiert gereizt: „Das ist eine Notunterkunft. Wir bauen Wohnungen. Sie kennen den Unterschied genau, Herr Schaal!“

20.57 Uhr Abstimmung: 17 ja, 7 nein, mehrere Enthaltungen. Der Bau der zwei Häuser für 2,2 Millionen Euro ist beschlossen.

Kommentar

Mit Bauchschmerzen

Flüchtlingshäuser Die Bedenken der Kritiker wiegen schwer. Doch in der Endabwägung ist das Votum für den Bau die richtige Entscheidung. *Von Thomas K. Slotwinski*

Am Ende gab sich selbst der OB versöhnlich: „Ich verstehe jeden, der sich mit der Entscheidung schwer getan hat“, erklärte Bernhard Schuler nach dem Votum für den Bau zweier neuer Flüchtlingshäuser. In der Tat war die innere Anspannung, die viele Stadträte erfasst hatte, förmlich greifbar: Ist es zu vertreten, vergleichsweise gut ausgestattete Wohnungen zu bauen, wenn nicht wenige Menschen bei uns in deutlich ärmeren Verhältnissen leben? Sind 2,2 Millionen Euro für ein paar Zweckbauten nicht viel zu viel? Lassen wir uns vom Land mit der Zuschusskeule regelrecht erpressen?

Diese Gedanken dürften nicht wenigen durch den Kopf gegangen sein. Ottmar Pfitzenmaier hat es wohl am treffendsten formuliert: Die Befürchtungen sind alle richtig. Und doch steht der Gemeinderat in der Verantwortung, dass eine schwierige und kaum vorhersehbare Situation kontrollierbar bleibt. Dass die Stadt nicht von einer Flut von Flüchtlingen überrollt wird, ohne ein brauchbares Konzept zu haben.

Deshalb war das Votum, allen berechtigten Bedenken zum Trotz, eine richtige Entscheidung. Die aber weder die Planer noch die Politiker davon befreit, nach weiteren Wegen der Kostenminimierung zu suchen.

Der Kreisverkehr verdreht allen den Kopf

Leonberg/Gerlingen Weil sich Unfälle häufen, muss das Provisorium weichen. Weder Verwaltung noch Bürgern gefällt das. *Von Ulrike Otto*

Mit dem provisorischen Kreisverkehr am Knotenpunkt Stuttgarter und Neue Ramtelstraße haben die Verantwortlichen zwar nicht das Rad neu erfunden. Der Stau im Berufsverkehr konnte dennoch wesentlich verringert werden durch die weiß-roten Plastikelemente. Da sind sich die Bürger und die Verantwortlichen in Leonberg und Gerlingen einig. Nicht umsonst hatte man ihn stehen lassen, nachdem die Leonberger Grabenstraße und die Füllerstraße in Gerlingen längst fertig und wieder befahrbar waren.

Als Grund hat das zuständige Regierungspräsidium – der Kreisverkehr ist an der Kreuzung der Landesstraßen L 1180 (Stuttgarter Straße) und L 1141 (Neue Ramtelstraße) – angeführt, dass sich der Knotenpunkt zu einem Unfallschwerpunkt entwickelt habe. Eine Anfrage beim Polizeipräsidium Ludwigsburg bestätigt dies. Im Zeitraum vom 1. August

2014 (kurz nach der Einrichtung des Kreisverkehrs) bis zum 31. August 2015 haben sich dort zwölf Unfälle ereignet. Vier davon mit leicht verletzten Menschen sowie acht nur mit Blechschäden. „Da kann man durchaus von einer auffälligen Häufung sprechen“, erklärt die Sprecherin des Polizeipräsidiums, Yvonne Schächtele.

Gibt es solche auffälligen Häufungen, müssen die Polizei und die zuständigen Behörden reagieren. Im Falle dieses Kreisverkehrs kommt der provisorische Charakter hinzu. „Der Kreisverkehr war nie dauerhaft geplant und entspricht auch nicht den gesetzlichen Anforderungen an einen solchen“, erklärt Robert Hamm, der Sprecher des Regierungspräsidiums. So wurde das Thema auch bei der Verkehrsschau des Landes behandelt und die vorläufige Rückkehr zur Ampel beschlossen. Die beiden betroffenen Städte Gerlingen und Leonberg waren dabei nicht beteiligt.

Allerdings soll der Knotenpunkt auch ausgebaut werden. Vorgezogen ist eine zusätzliche Abbiegespur von der Neuen Ramtelstraße in Richtung Stuttgart. Eine veränderte Ampelschaltung werde geprüft, heißt es aus dem Regierungspräsidium. „Die Ampel ist die schlechteste Lösung für die Zukunft“, findet der Gerlinger Bürgermeister Georg Brenner, auf dessen Gemarkung der Kreisverkehr liegt. Damit muss seine Stadt die Baken und Plastikbegrenzungen wieder abbauen. „Ich hätte es zumindest gern gesehen, wenn das Provisorium Bestand gehabt hätte, bis etwas Endgültiges eingerichtet wird“, fügt er hinzu. Er wünscht sich als Ersatz einen richtig ausgebauten Kreisverkehr, die sinnvollste Lösung seiner Meinung nach.

„Aus der Bevölkerung wurden wir nur positiv angesprochen, hier vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass der Rückstau im Stadtgebiet Ramtel reduziert werden konnte“, sagt Undine Binder-Farr, die Sprecherin der Leonberger Stadtverwaltung. Die Stadt begrüßt, dass nach einer nachhaltigen Verbesserung des Knotenpunktes gesucht werde. Dabei seien Leonberg und Gerlingen diesmal auch eingebunden.

Laut Regierungspräsidium würden sich die Verkehrsströme überprüfbar. Mit einer Entscheidung sei nicht vor 2016 zu rechnen. Sollte ein „richtlinienkonformer“ Kreisverkehr gebaut werden, muss das Land zahlen. Bei einer Ampelschaltung müsste sich der Kreis – hier Ludwigsburg – beteiligen.

Bei den Bürgern ruft die Rückkehr zur Ampel nur Unverständnis hervor. Auf der Facebook-Seite der LZK berichten viele von ihren positiven Erfahrungen damit, vor allem im Berufsverkehr. Auch Leonberger Stadträte üben Kritik.

„Der Verkehr wird stehen statt fließen. Die Autos der Pendler verpesten unnötig die Luft. Der Ramtel wird leiden und die überlastete Innenstadt bekommt zusätzlich Verkehr“, meint etwa Georg Pfeiffer (Freie Wähler). Er spricht sich dafür aus, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen. „Das war die falsche Entscheidung, das dürfen wir nicht hinnehmen“, sagt Christa Weiß (SPD). Bei einem Protest würde sie sogar noch weiter gehen. „Wir müssen uns alle auf die Kreismitte setzen. Das wäre dann mein erstes Sit-In.“



Georg Pfeiffer



Christa Weiß

Eine „Spanische Treppe“ führt zum Bahnhof

Leonberg Die Stadt plant trotz engen Etats einige Investitionen. *Von Thomas K. Slotwinski*

Der mehr als 208 Millionen Euro schwere Leonberger Haushalt, wir haben es berichtet, ist auf Kante geführt. Zwar ist der Finanzfahrplan für das kommende Jahr erneut ausgeglichen. Doch das hat nur funktioniert, weil die Stadt ihren Sparstrumpf gehörig geleert hat.

Dennoch wird weiter investiert. Neben dem Großprojekt Rathaus gibt es zahlreiche kleinere Bauvorhaben, die jetzt begonnen oder auch beendet werden.

Letzteres gilt für die neue Sauna am Haltenbad. Die wird im kommenden September eröffnet und hat als Alleinstellungsmerkmal eine Baumhaus-Kabine auf Stelzen, deren Fundament von der Eltinger Straße schon jetzt zu sehen ist. Außerdem gibt es zwei weitere Saunen, ein Dampfbad und ein Warmwasser-Becken im Freien.

Im neuen Haushalt wird mit 530 000 Euro die letzte Rate des 2,7-Millionen-Projektes vorgesehen, das dann bezahlt ist.

Für Wasserfreunde wird auch im Leobad etwas getan. Für die mit 559 000 Euro veranschlagte Sanierung des größten Freibades im Altkreis ist im Etat 2016 mit 200 000 Euro die erste Rate eingepplant.

Mit 4,3 Millionen Euro wird die Erschließung und Entwässerung des künftigen Gewerbegebietes Leo-West, besser noch als Längenbühl bekannt, auf den Weg gebracht. Hier werden im neuen Jahr die Bagger rollen. Die Nachfrage nach Grundstücken ist nach Angaben der Stadt unvermindert groß.

Ein optischer Hingucker dürfte eine neue Treppe neben dem künftigen Parkhaus am Bahnhof sein, die das Bahnhofsgebäude mit der Riederstraße verbinden wird. Sie ersetzt die verschaltelte Konstruktion, die bisher das Bindeglied zwischen beiden Stadtquartieren war. Sie Summe von 220 000 Euro ist dafür im Haushalt vorgesehen. Geld, das gut angelegt ist, wie der Finanzbürgermeister meint. „Sie sieht aus wie die Spanische Treppe in Rom“, schwärmt Ulrich Vonderheid.

Das Parkhaus selbst, das im Sommer 2016 vollendet sein wird, kostet gut 5 Millionen Euro. Die aber laufen über das Konto der Stadtwerke, die die Anlage betreibt.

Die Hoffnung, dass das alte Busparkassen-Gelände doch in absehbarer Zeit bebaut wird, hat die Stadt noch nicht aufgegeben. Immerhin hat sie 120 000 Euro eingepplant, um einen Kanal auf das Layher-Areal zu verlegen. Offenbar ist der während des Sommers abgerissene Gesprächsfaden zwischen der Stadtspitze und dem Wohnungsbauer auch wieder aufgenommen.

Die Erweiterung des Friedhofs Höfingen kann kommen. Hierfür sind 610 000 Euro vorgesehen. Investiert wird auch auf zwei weiteren Ruhestätten. Für die insgesamt 525 000 Euro teure Flachdachsanierung des Wirtschaftsgebäudes auf dem Waldfriedhof ist mit 125 000 Euro die erste Rate fällig. Für Ausbesserungen an der Mauer des Friedhofs Warmbronn gibt es 100 000 Euro.

Der gleiche Betrag soll für Verschönerungen in der Altstadt ausgegeben werden.

Zeitplan In den kommenden Wochen wird der Haushaltsentwurf von den Stadträten beraten. Am 10. November werden die Fraktionen den Etat kommentieren. Verabschiedet werden soll er am 15. Dezember.

Zitat des Tages

„Wir haben uns irgendwie mit Händen und Füßen verständigt.“

Zitat des Tages

Die 15-Jährige Damaris hat an einem Schüleraustausch mit Tansania teilgenommen. Jetzt waren die afrikanischen Jugendlichen in Merkingen zu Gast.

Siehe Artikel auf Seite III